

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **16.09.2014** Ratssaal Schloss, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf

17.WP/UmVerkA/022

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:40 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:40 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:40 Uhr

Anwesend: stellv. Vorsitzende

Leykum, Maria

Mitglied/Mitglieder

Bublitz, Werner
Heldt, Gabriele
Köneke, Klaus
Morich, Hans-Dieter
von Oettingen, Gero
Weinel, Olaf

stellv. Mitglied/Mitglieder

Dralle, Karl-Heinz

Vertretung für Herrn
Horst Ruser

Hunze, Carl

Vertretung für Herrn Kai
Peters

Beratende/s Mitglied/er

Kleinschmidt, Dieter
Kusber, Paula
Suszka, Bernd

Gast/Gäste

Drangmeister, Dietmar
Planungsgruppe Landes-
pflege
Gündel, Detlev PGV-
Planungsgemeinschaft
Verkehr-Alrutz

bis TOP 5

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Behncke, Martina
Brinkmann, Jan-Hinrich
Frerichs, Peter
Herbst, Rainer
Krause, Julia
Vollmert, Claudia

ab TOP 4 bis Mitte TOP 4

ab TOP 4 bis TOP 5

bis TOP 5

bis TOP 5

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 24.07.2014
3. M i t t e i l u n g - Landschaftsplanerischer Fachbeitrag zum Flächennutzungsplan
Vorlage: 2014 0679
4. Landschaftsplanerischer Fachbeitrag zum Flächennutzungsplan - Vorstellung durch das Planungsbüro
5. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 5.1. Mitteilung - Bauprogramm für die Kompensationsflächen im Baugebiet Nördlich Stockwiesen
Vorlage: 2014 0676
- 5.2. Mitteilung: Radverkehrsplanungen in der Ortsdurchfahrt in Otze
Vorlage: 2014 0684
- 5.3. M I T T E I L U N G - Kosten für Umgestaltung Außenbereich ehemalige Verwaltungsnebenstelle Otze und angrenzender Flächen
Vorlage: 2014 0698
6. Radverkehrsplanungen im Zuge der Schillerslager Landstraße (B 443)
Vorlage: 2014 0685
7. Radverkehrsplanung Ortsdurchfahrt Schillerslage und Uetzer Straße/Vor den Höfen
Vorlage: 2014 0686
8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
9. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, **Frau Leykum**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Herr Peters lässt sich entschuldigen.

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte (TOP) 3.4 und 4 gleich nach dem TOP 2 zu behandeln. Die so geänderte Tagesordnung wird **ein-stimmig** genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 24.07.2014

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am **24.07.2014** wird mit **7 Ja-Stimmen** und **2 Enthaltungen** genehmigt.

**3. Mitteilung - Landschaftsplanerischer Fachbeitrag zum Flächennutzungsplan
Vorlage: 2014 0679**

Herr Frerichs macht darauf aufmerksam, dass es sich bei der Mitteilungsvorlage um eine grundlegende Information handelt. Da der Beschluss zum Landschaftsplanerischen Fachbeitrag zum Flächennutzungsplan nicht vom derzeitigen Rat, sondern in der vorangegangenen Wahlperiode gefasst wurde. Besonders weist er darauf hin, dass der Landschaftsplan als unabgestimmtes Fachgutachten des Naturschutzes und der Landschaftspflege keine unmittelbare Rechtskraft hat.

4. Landschaftsplanerischer Fachbeitrag zum Flächennutzungsplan - Vorstellung durch das Planungsbüro

Herr Drangmeister erläutert, dass der Fachbeitrag zur Vorbereitung der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes dient. Er dient zur Konkretisierung des Landschaftsrahmenplanes. Die Vorgehensweise erklärt **Herr Drangmeister** anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt wird.

Der Fachbeitrag ist wichtig, um die Stadtentwicklung vorzubereiten. Dabei sind auch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu berücksichtigen (Kompensationsflächenkonzept). Zunächst hat eine Bestandsanalyse stattgefunden. Weiterhin wurde das ISEK in dem Fachbeitrag berücksichtigt.

Frau Leykum bedankt sich bei Herrn Drangmeister für den Vortrag.

Herr Suszka erkundigt sich, ob im Zuge der Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplanes nicht zwangsläufig auch ein neuer Landschaftsplan aufzustellen ist. **Herr Drangmeister** antwortet, dass dies nicht zwingend erforderlich ist. Für einen Landschaftsplan müssen alle Flächen ausführlich begutachtet werden. In dem Landschaftsplanerischen Fachbeitrag müssen lediglich spezielle Ausschnitte zwingend betrachtet werden.

Nach weiterer Diskussion stellt **Herr Frerichs** zum Abschluss klar, dass es sich hier um einen Fachplan für den Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege handelt. Dieser berücksichtigt Belange des Naturschutzes und hat somit diese Ziele im Fokus.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Herbst teilt mit, dass

- a) die Haushaltsmittel für die Fahrbahndeckensanierung ausgeschöpft sind. Es soll eine Auftragsenerweiterung in Höhe von 160.000 € erfolgen, da im Frühsommer weitere Straßen aufgefallen sind, bei denen eine Deckensanierung notwendig ist. Es handelt sich hier insbesondere um die Straßen Heideweg, Hamsterbau, Alte Bundesstraße, Krähenwinkel (alle Ehlershausen), sowie in der Kernstadt um die Straßen Grenzstraße (teilweise), Lerchenstraße und Kleiststraße. Haushaltsmittel stehen zur Verfügung, da Baumaßnahmen in 2013/2014 unerwartet günstig abgewickelt und daher die Ansätze nicht voll ausgeschöpft wurden. Die Auftragsenerweiterung ist jedoch noch mit dem Rechnungsprüfungsamt abzustimmen.

**5.1. Mitteilung - Bauprogramm für die Kompensationsflächen im Baugebiet Nördlich Stockwiesen
Vorlage: 2014 0676**

Herr Köneke merkt an, dass die Kosten für den Wildschutzzaun mit ca. 6.000 € seines Erachtens sehr hoch angesetzt sind. **Frau Vollmert** erläutert, dass hier eine Heckenpflanzung erfolgen soll. Damit ausreichend Platz zum Mähen ist, kann diese nicht direkt an die Privatgärten gepflanzt werden. Somit muss der Wildschutzzaun doppelt gesetzt werden, was die Maßnahme entsprechend teurer macht.

**5.2. Mitteilung: Radverkehrsplanungen in der Ortsdurchfahrt in Otze
Vorlage: 2014 0684**

Herr Hunze bemängelt, dass Eltern und Kinder durch diese Regelung getrennt fahren müssen, z. B. wenn sie die Burgdorfer Straße Richtung Burgdorf fahren. Er gibt zu bedenken, dass Eltern ihrer Aufsichtspflicht durch diese Regelung nicht nachkommen können. Weiterhin ist **Herr Hunze** der Meinung, dass die geplanten Poller in Höhe der Volksbank den landwirtschaftlichen Verkehr behindern. Grundsätzlich findet **Herr Hunze** den Schutzstreifen im ländlichen Raum nicht sinnvoll.

Herr Dralle befürwortet die Schutzstreifen, da diese besser sind als gar kein ausgewiesener Raum für Radfahrer. Einen gegenläufigen Radverkehr hält er für gefährlicher. Lediglich Feinheiten wie die Poller vor der Volksbank sollten genauer betrachtet werden. Auch die zweifache Querung findet er unglücklich. Allerdings meint **Herr Dralle**, dass dies grundsätzlich eine Gewöhnungssache ist.

Herr Herbst weist darauf hin, dass die StVO eine Verkehrsführung auf der Straße vorschreibt. Lediglich bei Gefährdungen ist eine Ausweisung der Benutzungspflicht vorgesehen. Für die Umgestaltung am Kronsberg gibt es aus den 90er Jahren diverse Vorlagen, die jedoch keine Zustimmung fanden. Festzuhalten bleibt jedoch, dass eine grundlegende Umgestaltung am Kronsberg politisch nicht gewollt wurde.

Herr Bublitz regt an, den Schutzstreifen vor der Volksbank zu verschwenken, damit die Parkplätze erhalten bleiben. Diese Möglichkeit verneint **Herr Gündel** jedoch, da die vorhandene Straßenbreite hier nicht ausreicht. Lediglich die Unterbrechung des Schutzstreifens an der Stelle kommt in Betracht. Dies sollte aber vermieden werden, um den fließenden Verkehr nicht zu gefährden.

Herr Bublitz fragt, ob die Verbindung vom Spargelfeld zum Radweg etwas breiter gemacht und ggf. asphaltiert werden kann. **Frau Vollmert** sagt eine Prüfung zu.

Herr Gündel zeigt anhand einer Grafik die Radfahrer-Unfalldichte. Eine Nutzung der Radwege ist grundsätzlich gefährlicher als die der Straße. Gerade entgegen der Fahrtrichtung erhöht sich die Gefahr um das Doppelte bis Dreifache.

Frau Leykum beendet die Diskussion, da auch noch zwei weitere Vorlagen zum Thema Radverkehr auf der Tagesordnung stehen.

Anmerkung über Protokoll:

Die Stellungnahmen der Behördenvertreter und die Erwidern der Stadt Burgdorf sind dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

**5.3. MITTEILUNG - Kosten für Umgestaltung Außenbereich ehemalige Verwaltungsnebenstelle Otze und angrenzender Flächen
Vorlage: 2014 0698**

Herr Hunze weist darauf hin, dass die Umgestaltung notwendig ist, um die Krippe einrichten zu können. Wie bereits mit Herrn Ackermann vom Planungsbüro besprochen, soll der gesamte Bereich an der Kapelle / Lindenbrink umgestaltet werden. Aus diesem Konzept wird jetzt der in der Vorlage genannte Bereich für die Einrichtung der Krippe vorgezogen.

**6. Radverkehrsplanungen im Zuge der Schillerslager Landstraße (B 443)
Vorlage: 2014 0685**

Herr Gündel zeigt die typischen Konflikte auf, die bei innerstädtischen Radwegen entstehen. Er weist darauf hin, dass sich die meisten Konflikte lösen, wenn die Radfahrer auf der Straße fahren. Meist besteht die Angst der Radfahrer darin, dass ein Autofahrer sie von hinten auf der Straße anfährt. Dies ist innerorts aber eine sehr seltene Unfallart. **Herr Gündel** merkt an, dass es besser ist, im Sichtfeld der Autofahrer zu fahren.

Herr Morich erkundigt sich, ob die Schutzstreifen rot markiert werden. **Herr Gündel** antwortet, dass die rote Markierung nur bei besonderer Gefährdung eingesetzt wird. Wenn alle Schutzstreifen rot wären, besteht die Gefahr, dass die Aufmerksamkeit nachlässt.

Frau Leykum sagt, dass sie inzwischen von den Schutzstreifen überzeugter ist. Diese Maßnahme ist zwar noch nicht perfekt, aber es wird der richtige Weg eingeschlagen. Allerdings merkt sie an, dass gerade beim Schutzstrei-

fen an der Immenser Straße nicht von einem glatten Belag gesprochen werden kann. Hier ist die Gosse sehr uneben und daher sehr gefährlich. **Frau Vollmert** antwortet, dass hier ein Problem bestand. Dieses wurde aber durch die Asphaltierung der Gosse behoben.

Herr von Oettingen merkt an, dass es sich bei der Schillerslager Landstraße um eine Bundesstraße handelt. Er erkundigt sich, ob ein Schutzstreifen dort überhaupt möglich ist. **Herr Herbst** teilt mit, dass alle Planungen mit dem Bund abgesprochen sind und dieser die Maßnahmen für seinen Zuständigkeitsbereich auch bezahlt.

Frau Heldt ist der Meinung, dass die Beleuchtung an der nördl. Furt am Kreisverkehrsplatz nicht ausreichend ist. **Herr Herbst** sichert eine Überprüfung durch die BS|Energy zu.

Herr Herbst teilt abschließend mit, dass die Stellungnahmen der Behördenvertreter eingegangen sind. Diese werden dem Protokoll als **Anlage 3** beigefügt.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, **Frau Leykum**, lässt über die Vorlage wie folgt abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Die Radverkehrsplanungen im Zuge der Schillerslager Landstraße (B 443) werden zur Kenntnis genommen.

Der Umbau der Querungshilfe in der Lise-Meitner-Straße wird wie in der Vorlage Nr. 2014 0684 dargestellt beschlossen.

Die Änderung des Ausbauprogramms für den "Gewerbepark Nordwest" Vorlage Nr. 2010 0681 wird beschlossen.

- einstimmiger Beschluss -

7. Radverkehrsplanung Ortsdurchfahrt Schillerslage und Uetzer Straße/Vor den Höfen Vorlage: 2014 0686

Herr Gündel stellt die geplanten Maßnahmen anhand von Plänen vor. Zunächst wird auf die Maßnahmen im Bereich der Ortsdurchfahrt Schillerslage eingegangen.

Frau Heldt befürwortet die Schutzstreifen grundsätzlich. Im Zuge der Ortsdurchfahrt wird das Tempo zwar schon teilweise auf 30 km/h beschränkt, dies wird aber ihrer Meinung nach selten eingehalten. Daher besteht ihre Hoffnung darauf, dass der Schutzstreifen die Autofahrer in der Geschwindigkeit bremst und damit mehr Sicherheit besteht. **Frau Heldt** weist darauf hin, dass sie sich die Beschränkung auf 30 km/h bis zum Ortsende wünscht, dem Antrag bisher aber nicht stattgegeben wurde.

Frau Heldt findet die Verschwenkung im Einmündungsbereich Rapsfeld unübersichtlich. Im weiteren Verlauf im Bereich Zollstraße / Engenser Straße ist es durch die Bäume sehr dunkel. Daher fürchtet **Frau Heldt**, dass die Radfahrer von den Autofahrern schlecht wahrgenommen werden. Ebenso findet **Frau Heldt** den Bereich an der Brücke / Auf- bzw. Abfahrt zur B3 für

die Radfahrer auf der Straße zu gefährlich.

Herr Gündel antwortet auf die Einwände von Frau Heldt, dass eine Beschränkung auf 30 km/h von der Region Hannover nicht gewünscht wird. Weiterhin ist er der Meinung, dass das Fahren im Sichtbereich der Autofahrer und auf der richtigen Straßenseite sicherer ist, als das entgegengesetzte Fahren. Seitens **Frau Heldt** wird angeregt, wenigstens ein Schild an der Auf- bzw. Abfahrt zur B3 aufzustellen, das auf querende Radfahrer hinweist. **Herr Gündel** sagt, dass solche Schilder nicht erforderlich sind. Der gesamte Verkehr auf der Engenser Straße hat Vorfahrt und muss von den abfahrenden Autofahrern von der B3 entsprechend berücksichtigt werden.

Herr von Oettingen findet, dass von Burgdorf Richtung Schillerslage eine schlechte Sicht an der Querung besteht. Daher schlägt er vor, in Höhe des Friedhofes zusätzlich eine Anforder-Ampel wie in der Mönkeburgstraße zu errichten. **Herr Herbst** gibt zu bedenken, dass die Querungs- und Verkehrsbelastungszahlen für eine Ampel vermutlich nicht ausreichen werden. Er gibt dem Vorschlag wenig Aussicht auf Erfolg, aber eine Prüfung kann erfolgen.

Herr Bublitz begrüßt die vorgestellte Planung. Zunächst sollte jedoch die Umsetzung erfolgen und dann Erfahrungen mit der Umgestaltung gesammelt werden. Erst dann kann man über eine Ausweitung des 30 km/h Bereiches und ggf. eine Ampelaufstellung diskutieren.

Frau Vollmert berichtet von der Stellungnahme der Landwirtschaftskammer. Die landwirtschaftlichen Fahrzeuge benötigen eher eine Breite von 3,75 m anstatt 3,50 m, daher soll im Bereich der Mittelinsel ein überfahrbarer Bord hergestellt werden. Die Stellungnahmen der Behördenvertreter sind dem Protokoll als **Anlage 4** beigefügt.

Herr Gündel stellt die Maßnahmen an der Uetzer Straße und im Zuge der Straßen Uetzer Straße und Vor den Höfen vor. In Höhe des Friedhofes entfallen durch den durchgängigen Radfahrstreifen 19 Parkplätze. Mit der Kirche wurde im Vorfeld gesprochen. Es wurde bestätigt, dass die Parkplätze lediglich bei sehr großen Beerdigungen benötigt wurden. Herr Gündel weist auf die Besonderheit an der Osttangente hin. Hier sollen die Links-Abbiege-Spuren zugunsten der Radstreifen wegfallen. Die Ampelschaltung soll so geändert werden, dass ein reibungsloses Abbiegen auch weiterhin möglich ist. Weiterhin werden an der Ampelkreuzung Aufstellflächen für Radfahrer markiert.

Herr Bublitz regt an, dass ein Schild in Höhe des Friedhofes aufgestellt wird, welches auf den gegenüberliegenden Parkplatz hinweist. Somit finden auch ortsunkundige Friedhofsbesucher ausreichend Parkmöglichkeiten. **Herr Herbst** sagt zu, die Aufstellung eines Schildes zu prüfen.

Herr Gündel berichtet über den weiteren Verlauf im Bereich der Straße Vor den Höfen. Der Radstreifen geht hier in den Mischverkehr über. Lediglich im Bereich der Einfahrt in das Gewerbegebiet sind Maßnahmen geplant. Hier soll eine Furtmarkierung erfolgen, so dass die Radfahrer vorfahrtsberechtigt sind.

Herr Bublitz erkundigt sich, ob dann hier eine Rot-Markierung erfolgt. **Herr Gündel** antwortet, dass auch hier erst eine weiße Markierung erfolgen soll. Die Erfahrung soll zeigen, ob eine rote Markierung erforderlich sein wird.

Eine sofortige rote Markierung wird von den Ausschussmitgliedern allgemein befürwortet. Dieser Zusatz soll auch in die Beschlussformulierung aufge-

nommen werden. **Herr Herbst** teilt mit, dass eine solche Markierung mit der Verkehrsbehörde abzustimmen ist. **Herr Gündel** weist darauf hin, dass dieser Bereich sehr unglücklich für Radfahrer ist. Es gibt verschiedene Umbaumöglichkeiten, die aber sehr kostenintensiv sind. Daher wurde diese Variante gewählt.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, **Frau Leykum**, lässt über die Punkte „Ortsdurchfahrt Schillerslage“ und die „Uetzer Straße / Vor den Höfen“ wie folgt getrennt abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Die Radverkehrsplanungen in der Ortsdurchfahrt Schillerslage und im Zuge der Straßen Uetzer Straße und Vor den Höfen sind wie in der Vorlage 2014 0686 dargestellt baulich umzusetzen.

Abstimmungsergebnis „Ortsdurchfahrt Schillerslage“:

- 7 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen -

Abstimmungsergebnis „Uetzer Straße / Vor den Höfen“:

Mit dem Zusatz, dass an der Straße „Vor den Höfen“ Einmündung „Leineweberstraße“ gleich die Fahrbahnquerung der Radfahrer rot markiert wird:

- 7 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen -

8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen vor.

9. Anregungen an die Verwaltung

Herr Morich regt an zu prüfen, ob Bänke – wie sie neu in der Marktstraße vorhanden sind – auch an anderen Orten notwendig sind.

Herr von Oettingen berichtet, dass er sich mit einigen Anliegern der Nordstraße unterhalten hat. Es gibt verschiedene Meinungsbilder zur Ausbauart. Insbesondere sind ihm drei Punkte aufgefallen bzw. berichtet worden. Zwei Anlieger haben davon berichtet, dass sie Probleme mit der Ein- und Ausfahrt zu ihrem Grundstück haben. Weiterhin erkundigt sich **Herr von Oettingen**, ob es möglich ist, die Parkzeiten zu beschränken. Des Weiteren regt er an, Tempo 20 in der Nordstraße anzuordnen.

Herr Herbst antwortet dazu, dass in der Nordstraße bereits Tempo 20 gilt. Zu den Einfahrten erläutert er, dass diese ausreichend bemessen sind. Sollte es jedoch Probleme geben, sollen sich die Anlieger direkt an die Stadt Burgdorf wenden. Von der Einschränkung von Parkzeiten rät **Herr Herbst** ab, da dies voraussichtlich dann auch an vielen anderen Stellen gewünscht wird.

Herr Bublitz erkundigt sich, ob es eine Liste von den einzelnen Spielplätzen

mit Angabe der Spielgeräte gibt. Ihm ist aufgefallen, dass gerade ältere Spielplätze sehr mager ausgestattet sind. **Herr Herbst** antwortet, dass dies eine Folge des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ist. **Frau Vollmert** teilt mit, dass es für die Spielplätze entsprechende Kontrollzettel gibt. Diese leitet sie Herrn Bublitz per Email zu.

Herr Bublitz teilt mit, dass am Radweg Zollstraße in Schillerslage eine Bake bei der Absperrung fehlt.

Herr Hunze erkundigt sich, ob eine Verkehrszählung in Otze an der Burgdorfer Straße möglich ist. **Herr Herbst** antwortet, dass die Aufstellung des Seitenradars im Laufe der nächsten Wochen dort möglich ist.

Frau Heldt teilt mit, dass das Buschwerk auf der rechten Seite an der Straße Am Lahkamp/ Ortsausgang Schillerslage Richtung Burgdorf zurückgeschnitten werden muss.

Herr Suszka erkundigt sich, ob es in nächster Zeit wieder einen „Runden Tisch Radverkehr“ geben wird. Dies bejaht **Frau Vollmert**.

Einwohnerfragestunde

Ein Landwirt aus Otze ist der Meinung, dass es mit den geplanten Pollern vor der Volksbank an der Burgdorfer Straße nicht mehr möglich ist, von seinem Grundstück links in die Burgdorfer Straße einzufahren. **Herr Herbst** bietet die Möglichkeit an, entsprechende Fahrversuche zu machen.

Ein Einwohner aus Dachtmissen erkundigt sich nach den Siedlungserweiterungsflächen „An der Masch“ in Dachtmissen. Sein Grundstück liegt im Landschaftsschutzgebiet. Es besteht die Möglichkeit, dass die Region Hannover es dort herausnimmt, wenn die Stadt Burgdorf eine Bebauung dort ermöglicht. **Herr Herbst** antwortet, dass das Anliegen an die Stadtplanungsabteilung weitergegeben wird.

Herr Neitzel, Ortsvorsteher von Dachtmissen, bemängelt, dass der Landschaftsplanerische Fachbeitrag zum Flächennutzungsplan lediglich im Ausschuss für Umwelt und Verkehr vorgetragen wird. Somit bekommt er keinen konkreten Einblick in die Beurteilung des Ortsteiles Dachtmissen und kann auch keine Fragen stellen. Dies Problem betrifft nicht nur ihn als Ortsvorsteher von Dachtmissen, sondern auch die anderen Ortsvorsteher sowie die Ortsräte. **Herr Herbst** will prüfen lassen, ob die Ortsvorsteher bzw. Ortsräte entsprechend den Wünschen informiert werden können.

Anmerkung über Protokoll: Herr Frerichs stellt Unterlagen zum Landschaftsplanerischen Fachbeitrag in Kürze auf der Internetseite der Stadt Burgdorf ein. Hier hat dann jeder die Möglichkeit sich detailliert zu informieren.

Ein Einwohner teilt in Bezug auf die Radverkehrsplanungen mit, dass der Straßenverkehr grundsätzlich sicherer werden soll. Die Straßenverkehrsbehörde muss sich entsprechend an ihre Richtlinien halten. Für Otze ist er der Meinung, dass es keine Maßnahme gibt, die nicht zu beanstanden ist. Er erkundigt sich, wer hier sein Ansprechpartner ist, mit dem er diskutieren kann und Bilder vorlegen kann. **Herr Hunze** antwortet, dass er in eine der

nächsten Ortsratssitzungen (November) kommen könne.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer